



UNIVERSITÄT
IST
LEISTUNG
DURCH KOOPERATION
VERANTWORTUNG

ERANTWORTUNG SPEED KILLS DURCH PARTIZIPATION

Speed kills

Die neue Regierung rühmt sich, dass sie innerhalb von kürzester Zeit schon sehr viele Gesetze initiiert hat. Auf der Parlamentshomepage "Regierungsvorlagen und Gesetzesinitiativen" (https://www.parlament.gv.at/PAKT/RGES/) findet man hunderte Seiten. Alle Bürger!nnen sind aufgefordert, Stellungnahmen zu erstellen oder zu bewerten.

Es ist bemerkenswert, dass etliche Gesetzesinitiativen derzeit gerne unter dem Label "EU-Datenschutzgrundverordnung" (DSGVO) geschehen. Warum erst jetzt? Die DSGVO gilt seit 25. 5. 2016! Manche Entwürfe scheinen beim ersten Überfliegen sogar das EU-Gesetz auszuhebeln oder zumindest zu missdeuten. Ob intendiert, sei dahingestellt!

Expert!nnen werden von dieser Flut an Gesetzesinitiativen überrollt. Fundierte Stellungnahmen erfordern Sorgfalt und somit ausreichend Zeit. Die Begutachtungsfristen sind viel zu kurz. Nebenbei sei angemerkt, dass diese Stellungnahmen meist unentgeltlich in der Freizeit erstellt werden.

Speed kills: Es entsteht der Eindruck eines Relaunchs der – leicht andersfarbigen – Koalition anno 2000. Etwa anhand des Universitätsgesetzes 2002 (UG02), das 2004 mit kürzesten Begutachtungsfristen durchgepeitscht wurde. Eine Lex Specialis, die jährlich mindestens einmal novelliert wird, die Passagen des Arbeitszeit- und Ruhegesetzes außer Kraft setzt – "natürlich" zum Nachteil der Arbeitnehmer!nnen – das als erstes Gesetz auf Passagen eines Kollektivvertrages verweist (UG §99 (6)) und das nun wiederholt und äußerst "speedy", Stellungnahmen ignorierend, eine im anglikanischen Raum gebräuchliche Personalrekrutierungsmaßnahme implementiert: "Opinion Hiring". Dass diese nicht zum gewachsenen Personalgefüge (durch das Hochschulorganisationsgesetz, das UOG 1975, das Universitätsorganisationsgesetz 1993, das Übergangsdienstrecht 2001 sowie das UG02) an den österreichischen Universitäten passt, scheint völlig gleichgültig zu sein, tangierende sinnvolle Umstrukturierungsmaßnahmen finden nicht statt.

Grundsätzlich spricht nichts gegen eine solche Maßnahme, wenn zeitgleich ein adäquater umfassender Tenure-Track nach anglikanischem Vorbild geschaffen wird: Ende des ständestaatlichen Kuriensystems, flache und durchlässige Hierarchien auf "tenured", das heißt unbefristeten(!), Stellen. Abschaffung des Personalwirrwarrs, das nur unnötig hohe Verwaltungskosten verursacht sowie unnötige Opportunitätskosten durch Reibungsverluste und Demotivation derjenigen, die in diesem System "gefangen" sind bzw., wir hören es immer wieder, zum "Brain Drain" gezwungen werden.

Die flache Hierarchie, die uns im Vorfeld des UG02 in Aussicht gestellt wurde, trat nie ein, ganz im Gegenteil: Die Hierarchie des jetzigen Systems ist strikter als vor 1975.

Flacher sind hingegen die Lebensverdienstkurven aller Universitätslehrer!nnen geworden, etwa 90 Prozent erhalten ausschließlich kollektivvertraglichen Mindestlohn. Nachhaltig und zukunftsweisend ist anders! Die versprochene Evaluation des UG02 hat nie stattgefunden. – In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, ob das Geld, welches laufend in Evaluationen fließt, nicht besser für das Bildungssystem verwendet werden könnte und sollte.

Speed kills! Das scheint ja auch die Regierung zu erkennen: Warum sonst sollte sie Stellungnahmen und Gutachten der eigenen, erfahrenen Mitarbeiter!nnen der eigenen Ministerien, die mit den Gesetzen und der Materie bestens vertraut sind, von der Parlamentshomepage entfernen? Vielleicht, weil diese die Unausgegorenheit der Gesetzesinitiativen aufzeigen?

> Christian Cenker Vorsitzender des ULV ulv@ulv.at

